

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1268/2007**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 16.10.2007

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Dieter Geißler, SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur	25.10.2007	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	08.11.2007	Entscheidung

Betreff:

**Mehrbelastung der Schulsekretariate durch fehlerhafter LUSD-Software des Landes Hessen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.10.2007 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen stellt fest, dass die Bediensteten in den Schulsekretariaten der Stadt durch unausgereifte Computersoftware des Kultusministeriums mit unverhältnismäßiger Mehrarbeit erheblich belastet werden. Die Stadtverordnetenversammlung wird ab sofort keine Mehrbelastungen der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch vermeintliche Reformen der Landesregierung mehr hinnehmen.

Der Magistrat wird aufgefordert, den genauen Umfang der Mehrarbeit und der Überstunden zu ermitteln, die in den Schulsekretariaten im Zusammenhang mit der fehlerhaften LUSD-Software entstanden sind, und der Stadtverordnetenversammlung darüber zu berichten.

Der Magistrat wird aufgefordert, die wegen der fehlerhaften Schulsoftware geleisteten Überstunden dem Land Hessen als Kostenverursacher in Rechnung zu stellen. Der Schuldezernent wird aufgefordert, sich im Schulausschuss des Hessischen Städtetags für eine Regelung im Sinne dieses Antrags einzusetzen. Sollte die Landesregierung die Kostenübernahme verweigern, ist durch die kommunalen Spitzenverbände eine Klage gegen das Land zu prüfen

Begründung:

Nachdem bereits die Unterrichtsgarantie Plus zu erheblichen Belastungen für die Stadt-Bediensteten geführt hat, entstehen nun auch durch die offensichtlich fehlerhafte und ausfallfreudige Schulsoftware LUSD erhebliche Mehrbelastungen für die Damen und Herren in den Schulsekretariaten bis hin zu kompletten Blockaden des Sekretariatsbetriebs. Dadurch entstehen nicht nur inakzeptable Folgen für den gesamten Schulbetrieb, sondern auch erhebliche finanzielle Mehrbelastungen für die Schulträger. Bereits jetzt haben einzelne Schulträger Regressforderungen gegenüber dem Land Hessen angemeldet.

Dieter Geißler